

Landesversammlung
Mittelstands-Union der CSU
am 5. August 2023



Beschlussbuch

Redaktion:
Mittelstands-Union der CSU

Mies-van-der-Rohe-Str. 1, 80807 München
Telefon 089/1243-312
mu@csu-bayern.de

INHALT

Beschluss Nr. 1	Keine Zusammenarbeit mit Bündnis 90/Die Grünen Antragsteller: Dr. Thomas Jahn, MU-Kreisvorsitzender Ostallgäu	Seite 3
Beschluss Nr. 2	Sachleistungsprinzip endlich ermöglichen! Antragsteller: Dr. Thomas Jahn, MU-Kreisvorsitzender Ostallgäu	Seite 5

Landesversammlung der Mittelstands-Union (MU) der CSU	5. August 2023
Beschluss-Nr. 1 Keine Zusammenarbeit mit Bündnis 90/Die Grünen!	<u>Beschluss:</u> Überweisung
Antragsteller: Dr. Thomas Jahn, MU-Kreisvorsitzender Ostallgäu	

0 **Die Landesversammlung der Mittelstands-Union der CSU möge beschließen:**

1 **Und den nachfolgenden Antrag zum nächstmöglichen CSU-Parteitag stellen:**

2 **Die CSU grenzt sich als Rechtsstaats- und Freiheitspartei von allen politischen Kräften**
3 **ab, die die Grundrechte des Grundgesetzes aushöhlen und eine Staats- und**
4 **Gesellschaftsordnung errichten wollen, deren vorrangiges Ziel das Erreichen von**
5 **abstrakten „Klimavorgaben“ mittels Verboten, Enteignungen und anderer massiver**
6 **Grundrechtseingriffe ist. Die CSU fordert hierzu die Organe aller CSU-Verbände auf**
7 **Bezirks-, Kreis- und Ortsebene auf, keine Koalitionen oder Bündnisse mit der Partei**
8 **Bündnis 90/Die Grünen einzugehen und bereits bestehende Formen einer**
9 **institutionalisierten Zusammenarbeit, gerade auch in kommunalen Gremien umgehend**
10 **zu beenden.**

11 **Begründung:**

12 Die Kontroverse um das Gebäudeenergiegesetz (GEG – „Heizungsgesetz“) hat gezeigt, dass
13 das grün geführte Bundeswirtschaftsministerium und die von grünlinker Politik dominierte
14 Bundesregierung bereit sind, gegen den Rat aller Experten und die massiven Bedenken
15 namhafter Verfassungsjuristen, zum Nachteil von Millionen von Bürgern in deren Eigentum
16 einzugreifen und dabei deren wirtschaftliche und finanzielle Existenz aufs Spiel zu setzen. Seit
17 Jahren ist die Führung der grünen Partei nicht bereit, die massiven Zielkonflikte auch nur zur
18 Kenntnis zu nehmen, die unweigerlich auftreten, wenn die Bundesrepublik Deutschland
19 innerhalb eines Zeitraums von wenigen Jahren in einen „klimaneutralen“ Staat verwandelt
20 werden soll. Die alleinige Fokussierung auf nationale Klimaziele, die international bzw. global
21 mangels Gewicht Deutschland völlig bedeutungslos sind, trägt hochideologisierte,
22 extremistische und totalitäre Züge und ist mit der verfassungsmäßigen Ordnung des
23 Grundgesetzes und den in zahllosen Gesetzes verankerten Gemeinwohlbelangen nicht
24 vereinbar. Die politischen Ziele und die Programmatik der Grünen schließen
25 marktwirtschaftliche und ordnungspolitische Konzepte aus und missachten die Freiheitsrechte
26 der Bürger, vor allem das Recht auf Eigentum.

27 Kommunale Bündnisse zwischen der CSU und Bündnis 90/Die Grünen, wie sie nach 2020
28 z.B. in Augsburg und anderen bayerischen Städten, aber auch auf Landkreisebene
29 geschlossen wurden, sind von einem starken Übergewicht grüner Themen geprägt. Erreicht
30 wurde dies zumeist durch einen von den Grünen durchgesetzten „Klima-Vorbehalt“, wonach
31 alle kommunalen Projekte, vor allem neue Straßen und die Bautätigkeit insgesamt, jeweils
32 unter dem Aspekt einer angeblichen „Klimaschädlichkeit“ zu betrachten sind. Auf diese Weise
33 können alle von der CSU verfolgten und für unsere Wähler wichtigen Projekte ausgehebelt

34 werden. Ähnliches gilt auch für den Straßenverkehr: Gerade das Beispiel Augsburg zeigt, wie
35 negativ sich schwarz-grüne Bündnisse auf die Mobilität auswirken, wenn wichtige
36 Verkehrsachsen mit überbreiten Fahrradwegen lahmgelegt werden. Auch in der
37 Ausländerpolitik setzten sich die Grünen und ihre Migrationslobby durch, indem
38 Ausländerämter in „Welcome-Center“ verwandelt und der Vollzug von Ausweisungen zum
39 Erliegen gebracht werden soll.

40 Die jüngsten Wahlumfragen belegen, dass die fehlende Abgrenzung der CSU gegenüber rot-
41 grünen Parteien und die zahlreichen Bündnisse mit den Grünen auf kommunaler Ebene der
42 CSU schaden und zu einer beängstigenden Zunahme der Zustimmungswerte für die AfD
43 geführt haben. Dieser Trend kann nur umgekehrt werden, wenn unsere Wähler von der CSU
44 wieder die Garantie erhalten, dass ihre Stimme für die CSU nicht in grüner Politik mündet.

45 **Beschluss der Landesversammlung:**

46 Der Antrag wird von der Landesversammlung aufgrund von Unzuständigkeit an den
47 Parteivorstand der CSU verwiesen.

Landesversammlung der Mittelstands-Union (MU) der CSU	5. August 2023
Beschluss-Nr. 2 Sachleistungsprinzip endlich ermöglichen!	<u>Beschluss:</u> Erledigung
Antragsteller: Dr. Thomas Jahn, MU-Kreisvorsitzender Ostallgäu	

48 **Die Landesversammlung der Mittelstands-Union der CSU möge beschließen:**

49 **Die Bayerische Staatsregierung und alle nachgeordneten Behörden werden**
50 **aufgefordert, alle Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auf**
51 **Sachleistungen umzustellen und dazu anstatt Geldleistungen nur noch digital gestützte**
52 **Wertgutscheine auszugeben, die nur noch eine personalisierte Beschaffung von Gütern**
53 **des täglichen Bedarfs ermöglichen.**

54 **Ferner möge die Landesversammlung beschließen, diesen Antrag auch zum**
55 **nächstmöglichen CSU-Parteitag zu stellen.**

56 **Begründung:**

57 Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht vor, dass Asylbewerber, geduldete und
58 ausreisepflichtige Ausländer neben der Unterbringung grundsätzlich nur Sachleistungen
59 erhalten sollen. Ausnahmsweise sollen Geldleistungen ausgezahlt werden, wenn
60 Sachleistungen zu einem unverträglich hohen Verwaltungsaufwand führen. Dieser
61 Verwaltungsaufwand könnte aber durch Einführung einer digitalen Chipkarte auf ein Minimum
62 reduziert werden. Seit mehreren Jahren sind digitale Bezahlsysteme auf dem Markt, die sich
63 auf den Erwerb bestimmter Güter programmieren lassen. Eine entsprechende Chipkarte
64 könnte so, einsetzbar in allen gängigen Einzelhandelsgeschäften, für den Erwerb von
65 Lebensmitteln, natürlich versehen mit einer täglichen, auf den Bedarf einer Person bezogenen
66 Obergrenze ausgegeben werden. Der Kauf von Tabak, Alkohol und anderen tauschfähigen
67 Gütern könnte technisch ausgeschlossen werden.

68 Auf diese Weise würden Anreize für Zehntausende Menschen reduziert, in Deutschland
69 aufgrund der hierzulande EU-weit höchsten Geldleistungen Asyl zu beantragen und die
70 ausgezahlten Geldleistungen teilweise in die Heimatländer zu transferieren.

71 **Beschluss der Landesversammlung:**

72 Das Thema Sachleistungspflicht ist bereits Beschlusslage der CSU. Der Antrag wurde daher
73 als bereits erledigt aufgefasst und wurde nicht weiter behandelt.